

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Preuss.-Berlin 2,50 M. bei direktem Einlieferung ohne Bestellgebühr monatlich 2,70 M., bei Zustellung unter Postumschlag 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Monaten des Jahres 1919 eingezogen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 111. Bezugspreis: Amt Norden 2595 und 2596.

Eintragslohn bis achtgerüst. Nonpareil-Preise über deren Raum 75 Pf. „Kleine Zeitung“ das letzte Wort 40 Pf. jedes weitere Wort 20 Pf. Erwerbungsbeitrag 50 Pf. Bei Familien- und Versammlungsanfragen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19. Bezugspreis: Amt Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 10. Februar 1919

Nummer 72

Die Entente liefert Lebensmittel.

Lebensmittel für Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Genä nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutschseits der Unterstaatssekretär v. Braun vom Reichsernährungsamt leitete, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsstellen, Vertrauensmänner des Handels und der Ärzte teilgenommen.

Danach wird der oberste Ernährungsrat der Alliierten Vorfrage treffen, daß sofort rund dreißigtausend Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutschseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt.

Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Getreide und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des genannten Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen.

Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferung nicht besteht.

Aufruf an die Arbeiter aller Länder.

Bern, 8. Februar. (Schweizerische Depeschagen.) In der heutigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses wurde mit der Begründung der aus drei Teilen bestehenden Vorlage der Kommission für internationale Arbeiterschutzgesetzgebung begonnen. Zunächst verlangte die Aufnahme der Forderungen des Kongresses in den Tagesordnungspunkt. Sodann wurde er die von der Kommission einstimmig beschlossene Proklamation an die Arbeiter aller Länder:

Die in Bern am 3. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundsätze auf: Das neue Gesetz stellt die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben. Die Nationen bedürfen aller Arbeiter, um sich wieder aufzubauen, und werden vieles aufwenden, um die Arbeit würdiger und fruchtbarer zu gestalten. Der Wohlstand ist von der Tendenz der Vervielfachung, die einem allgemeinen Zwecke dient, und nicht von derjenigen, die der Befriedigung egoistischer Interessen dient, wie sie der Gesellschaft Gemutheit ist, abhängig. Die Gewerkschafts-Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht eine Ware sein soll, sondern daß sie die edelste Funktion der modernen Gesellschaft ist. In dieser Erwägung erstreben die Arbeiter die Befreiung der Lohnarbeit, ebenso die Befreiung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jenes Nebenrecht einer Auffassung, die durch die Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner soll die Verteilung und Verteilung der Produktion in die Hand der produktiven Arbeiter gelegt werden. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse dafür, daß die Kulturmenschen eine rationelle Verteilung der Produktion bestimmen, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Abereinrichtung gebracht werden. Sie fordert die Beilegung der Mißverhältnisse, welche die kapitalistische und politische Herrschaft aus der Vorkriegszeit hat durchwühlert haben. Mit einem Worte, sie verlangt die nationale und inter-

nationale Organisation der Arbeit, die eine auf Grund methodischer Prozedur durchgeführte Bewertung der individuellen Leistung in der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderlichen Verwendung gestattet. Durch die Erfahrungen des Krieges und anderer andauernder Leiden gewirkt und angesichts der durch den Krieg verursachten Zerstörungen muß sich die Arbeiterklasse gegen, daß sie sich ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Ordnung sichern muß. Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß das Befehlen, soziale Reformen zu verwirklichen, nicht bedeutet, daß man ein Ideal aufgeben muß. Im Gegenteil verlangt die gegenwärtige Konferenz Sicherheit für das Recht auf Freizügigkeit, Koalition, Streikrecht, Arbeiterinnenrecht und Arbeiterkassen.

Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die unterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Bedingung der Vollerfüllung gesichert werden kann. Dieses Amt soll sich auf ein internationales Arbeitsparlament, in welchem Delegierte aller Länder und aller Berufe vertreten sind, stützen. Aus diesem internationalen Parlament sollen nicht nur internationale Konventionen, sondern internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme ab Rechtskraft haben wie die nationalen Gesetze. Diese Ausübung der Rolle des internationalen Parlaments bedingt eine internationale Gesetzgebung, die zum Wohle der Völker geschlossen wird, d. h. eine übernationale Souveränität. Diese Forderung wird den Beginn einer neuen Ära bedeuten, in welcher die Arbeiterklasse aller Länder sich sowohl in ihrer Kraft wie im nationalen Bewußtsein in der Richtung des Fortschritts und der Besserstellung für alle entwickeln könne.

Die Versammlung nahm ohne Erörterung die Proklamation einstimmig an.

Anschließend nahm Janson das Wort, um über den zweiten Teil der Vorlage zu berichten, der die einzelnen in die internationale Gesetzgebung aufzunehmenden Forderungen der Koalition enthält.

Dieser Aufruf ist ein Dokument von allergrößter Bedeutung. Die Gewerkschaften haben sich damit uneingeschränkt auf den Boden des Sozialismus gestellt. Das haben auch diejenigen Gewerkschaften getan, die, wie die englischen Trade Unions, ihre Aufgabe bisher nur in der Förderung der Gegenwartsarbeit erblickten. Auch sie stehen heute uneingeschränkt auf dem Boden des Sozialismus. Darin äußert sich der gewaltige Umschwung, den der Krieg auch in den Köpfen der englischen Arbeiter hervorgerufen hat. Ebenso bedeutungsvoll ist die Forderung nach dem internationalen Arbeiterparlament, das nicht Anregungen geben, sondern das die Befugnis haben soll, internationale Gesetze mit Rechtskraft zu erlassen. Damit wird die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, die in den Händen der Kapitalisten bisher nur geringe Fortschritte gemacht hat, endlich in ein schnelleres Tempo kommen.

Neue Kriegsteuern.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, soll die Besteuerung der Kriegsgewinne sehr ihre endgültige Regelung durch zwei Gesetzentwürfe finden. Geplant ist ein Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919 und ein Gesetz über eine Kriegssteuer bei Vermögenszuwachs. Beide Gesetzentwürfe sollen sich eng an die früheren Gesetze anlehnen. Wir werden zu ihnen eingehend Stellung nehmen, sobald die Gesetzentwürfe vorliegen. Wir betonen aber schon jetzt, daß damit unsere Forderungen nach einer durchgreifenden Neuregelung der Besteuerung des Besitzes nicht im geringsten erfüllt ist.

Eichhorns Mandat gültig.

Nach einer Mitteilung des Wahlkommissars für den Wahlkreis Berlin für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung ist die Annahmeerklärung des zum Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten Redakteurs Emil Eichhorn freigegeben dem Wahlkommissar einzureichen worden. Damit sind alle Nachrichten über angebliche Ungültigkeit des Mandats von Eichhorn hinfällig geworden.

Demokratie und Arbeiterräte.

Von Rud. Breitschmid.

Bekanntlich hat sich vor kurzem Herr Scheidemann zu einem amerikanischen Ausfrager abfällig über die U- und S.-Räte geäußert und recht unverblümt seine Meinung dahin zusammengefaßt, daß mit dem Beginn der Nationalversammlung die Mission der Räte beendet sei. In der letzten Nummer des „Sozialist“ habe ich in einer Erwiderung auf diese Kritik eine Anregung gegeben, wie sich in unser öffentlich-rechtliches Leben einfügen lasse, um unter Aufrechterhaltung des durch die Nationalversammlung verkörperten formal-demokratischen Prinzips den Übergang zum Sozialismus zu fördern.

Ich würde u. a. einen Weg zu suchen, auf dem den Arbeiterräten der nötige Einfluß erhalten bleibt, ohne daß deshalb der Grundsatz der Demokratie preisgegeben würde. Er ist zu finden, wenn man dem Zentralrat oder einem ihm gleichartigen Organ bestimmte staatsrechtliche Funktionen neben der Nationalversammlung einräumt.

Dieser ein Vorschlag: In bestimmten Zwischenräumen tritt der Nationalrat zusammen, der sein Bestehen einem Wahlrecht verbanden muß, das ihm das Recht gibt, sich als das Parlament der Arbeit zu betiteln. Die Einzelheiten sind gesetzlich festzulegen.

Er wählt den Zentralrat oder, wie er vielleicht besser genannt würde: den Sozialistischen Rat der Republik. Dieser Rat der Republik prüft und begutachtet die Gesetzesentwürfe, die der Nationalversammlung vorgelegt werden, er kann seinerseits selbst Gesetze ausarbeiten und im Parlament einbringen, und er hat vor allem das Recht des aufschiebenden Vetos gegen die Ausführung der parlamentarischen Beschlüsse und eventuell gegen Verordnungen der Regierung. Dieses Recht soll in der Weise wirksam werden, daß Gesetze usw., die seine Zustimmung nicht finden, entweder unmittelbar oder auch nach einer wiederholten Abstimmung im Parlament dem Volke vorgelegt werden, das durch Urabstimmung (Referendum) entscheidet.

Auf die Einwände, die gegen dieses System erhoben werden, bin ich gefaßt. Nur die beiden hauptsächlichsten seien hier erwähnt. Erstens: Verschleppung des Geschäftsganges. Zugegeben, aber lieber eine Verzögerung in der Gesetzgebung als die Außerachtlassung irgendeiner Möglichkeit, für den Sozialismus zu wirken, was zu retten ist.

Zweitens: Abweichung von der klaren Linie des Einkammersystems. Auch richtig! Aber uns einen Vorwurf daraus zu machen, haben die am allerwenigsten ein Recht, die in dem Verfassungsentwurf neben der Nationalversammlung ein höchst überflüssiges Element hinzugefügt haben, und sodann könnte der Rat der Republik im Gegensatz zu Oberhäusern und Senaten schon deshalb niemals undemokratisch und den Fortschritt hemmend wirken, weil seine Machtbefugnisse nicht über die Verweigerung einer Frage an das Volk hinausgehen.

Mein Vorschlag hat, wie sich das erwarten ließ, nicht den Beifall des „Vorwärts“ gefunden. Das Blatt der Mehrheitssozialisten hält ihn für abwegig und undurchführbar, da er gegen die demokratischen Grundzüge verstoße. Es gebe nur ein Entweder-Oder: die Nationalversammlung oder den Volkswirtschaftsrat.

Zu den Scheidemannschen Äußerungen und meinen Bemerkungen über sie sagt der „Vorwärts“ bezeichnenderweise kein Sterbenswörtchen. Innerlich verpflichtet er dem Parteiführer natürlich bei, aber er hält es in diesem Augenblick für zweckmäßiger, das nicht zu verlautbaren, da er ganz genau weiß, daß eine offen ausgesprochene Zustimmung unter seinen eigenen Anhängern viel böses Blut machen würde. Ja, er geht sogar soweit, sich eine kleine Verbeugung vor dem Räteystem obzuzugleichen: „Zur Klärung des Problems ist vielleicht voranzuschreiten, daß die Anerkennung der Demokratie noch keinen vollständig ablehnenden Standpunkt gegenüber den Arbeiterräten notwendig macht.“

Es würde in der Tat zur Klärung des Problems einiges beitragen, wenn man uns Näheres über die Stellung jenen wolle, die die Mehrheitssozialisten den Räten zugedacht haben. Indessen aus darüber läßt der „Vorwärts“ seine Feder im unklaren, da er sich entweder über diesen Gegenstand noch keine Gedanken gemacht hat oder es für

besser hält, das Mindeste vorläufig noch nicht zu produzieren, und so muß man sich schon mit den Einwendungen gegen meinen Vorschlag begnügen, der sich übrigens dem Sinne nach ungefähr mit dem von Silberding in der „Freiheit“ ausgestellten Programm deckt.

Selbst wir von der allgemeinen Ablehnung jeder Institution ab, durch die die Alleinherrschaft der demokratischen Nationalversammlung gefährdet werden könnte, steht der „Vorwärts“ seinen kritischen Sabel in der Hauptsache bei der Zusammenfügung des Rätekongresses und des Sozialistischen Rates der Republik an. Wer bestimmt das Wahlrecht? Und ferner, wo kann überhaupt die Grenze der Wahlberechtigung laufen, wenn der Rätekongress ein Parlament der Arbeit sein soll?

Die erste Frage wird aufgeworfen, um mich zu einer Erklärung darüber zu nötigen, wen ich für den Träger der höchsten politischen Gewalt im Staate halte. Mit der Antwort braucht nicht gezögert zu werden: nach dem formalen Recht und nach der Stunde bestehenden Machtverhältnissen ist es die Nationalversammlung. Der nächste Weg zur Verwirklichung meines Vorschlags wäre also ein von diesem Parlament zu beschließendes Verfassungsgezet.

Bei dem Charakter der Nationalversammlung ist an die Durchführung eines solchen Gesetzes vorläufig nicht zu denken. Sie wird im Gegenteil zu dem bisherigen Zentralrat keineswegs bereit sein, sich ihrer Machtstellung mit Grazie zu entäußern.

Aber wir machen ja nicht Pläne von heute auf morgen. Es können sehr wohl zu gegebener Zeit Umstände eintreten, unter denen die Nationalversammlung sich der Notwendigkeit, den Arbeiterräte öffentlich-rechtliche Funktionen zuzuerkennen, nicht mehr verschließt oder die nach der Meinung dieser Volksvertretung nicht allzuweit fragen lassen. Wir befinden uns in einer revolutionären Epoche.

Das eben ist der Unterschied zwischen den Mehrheitssozialisten und uns. Jene halten die revolutionäre Entwicklung mit dem 19. Januar oder spätestens mit dem 9. Februar für abgeschlossen, während nach unserer Ansicht die Revolution weitergeht und vor allem weitergehen soll. Wie ihr Verlauf im einzelnen sein wird, wann und unter welchen Bedingungen wir durch einen Sozialistischen Rat der Republik oder eine ähnliche Anstalt ein Volkswort des Sozialismus errichten können, steht dahin.

Die zweite Frage des „Vorwärts“ ist die nach der Wahlberechtigung. Sie ist sicher die schwierigere, wenn auch der Einwand, daß die rund 30 Millionen Wähler der Nationalversammlung doch keine Müßiggänger seien, mehr demagogisch als sachlich eingehen auf das Problem verrät. Die 30 Millionen umfassen sicher nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Leuten, die gar keine produktive Arbeit leisten. Der weitaus größte Teil des deutschen Volkes gehört zu den Arbeitenden.

Aber Arbeitende und Kräfte ist nicht dasselbe, und wenn die Sozialdemokratie vom Klassenkampf der Arbeiter spricht, so versteht sie darunter doch nicht den Kampf aller wirtschaftlich Tätigen gegen die paar absoluten Nichtstuer. Sie bezieht unter der Arbeiterklasse die Klasse, die ausschließlich oder im wesentlichen Teil von dem Lohn für ihre Hand- oder Kopfarbeit lebt und ihr Recht nicht ein diejenigen, die als Unternehmer oder Kapitalbesitzer zwar auch produktiv tätig sind, aber ihr Dasein in der Hauptsache auf die Rente und den Profit gründen.

Wenn der Begriff der Arbeitenden mit dem der Arbeiter im Klassen Sinne zusammenfällt, dann würden die Gegner des Sozialismus längst auf ein verhängnisvolles geringes Gänzlich zusammengekrummt sein, denn man will und doch wohl nicht einreden, daß es mangelnde Aufklärung sei, die die Unternehmer, die Direktoren, Aktionäre usw. zu Anhängern des Kapitalismus mache. Die sind aufklärungs genug, um zu wissen, daß der Sozialismus ihre heiligsten Güter bedroht und bieten daher das letzte zu seiner Abwehr auf. Sie bedienen sich aller Mittel mit der gleichen Virtuosität, des monarchischen Absolutismus so gut, wie der republikanischen Demokratie.

Ihr kapitalistischer Einfluß verhindert auch in hohem Maße die sozialistische Aufklärung der noch außerhalb der Sozialdemokratie stehenden eigentlichen Arbeiter, und gerade um diesen Einfluß zu paralysieren, bedürfen wir einer Gewalt, die neben der in ihrer Mehrheit bürgerlichen Nationalversammlung stehend die Erzeugnisse der Revolution sozialistisch ausbauen hilft. Sie kann sich nur errichten auf der Arbeiterklasse. Die Grenzen der Wählerkraft abzustrecken, wird gewiß nicht leicht sein — man wird dabei auch auf mehr oder weniger äußerliche Unterscheidungsmerkmale zurückgreifen müssen — aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Der „Vorwärts“ nennt den ganzen Versuch, zwischen der Alleinherrschaft eines bürgerlichen Parlaments und dem „bolshewistischen“ Sowjetismus eine neue Linie zu finden, ein nationalliberales Unterfangen.

Er und seine Freunde bilden eine Regierung mit demokratisch frisierten Nationalliberalen und Amerikanern zusammen und sind stolz auf den Erfolg, den Präsidentenposten einer bürgerlich-kapitalistischen Republik mit einem Sozialdemokraten besetzen zu können. Wir suchen, die Demokratie anerkennend, aber doch unter Lösung von den Fesseln eines einseitigen Parlamentarismus einen Weg, auf dem die Arbeiter selbst den sozialistischen Gedanken dieser Revolution vor Anbruch und Verwässerung retten können.

Wer von beiden ist da des Nationalliberalismus verdächtig?

Zwangweise Aushebungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß über eine Sitzung der „ostmärkischen“ Abgeordneten in Weimar zu berichten, in der auch der Kriegsminister Oberst Reinhardt das Wort ergriß. Er erklärte:

„daß die Regierung den ersten Ostzügen volle Aufmerksamkeit schenke und entschlossen sei, alles auszubieten, um der drohenden Gefahr durch die Polen zu begegnen. Man sei sich bewußt geworden, daß die bisherige Art der Zusammenbringung von Truppen unzulänglich sei, und man daher wieder zu Aushebungen schreiten müsse. Doch sollen diese vorläufig nur in besonders gefährdeten Bezirken geschehen.“

Als wir vor Wochen zum ersten Mal die Nachricht brachten, man beabsichtige im Kriegsministerium zwangsweise Aushebungen wieder einzuführen, ergoß sich ein Regen von Tementis über uns.

Wird auch der Kriegsminister jetzt demontiert werden?

Neuer Krieg?

Die preussische Regierung hatte dem Obersten Polnischen Volkerrat gegenüber die Einstellung aller Kampfhandlungen an die Vorbedingung geknüpft, daß keine bewaffneten Formationen auf reichsdeutschem Gebiet verbleiben dürfen. Dierauf ist der preussische Regierung heute nachstehende Antwort des Obersten Polnischen Volkerrats zugegangen:

„Aus allgemeinen Menschlichkeitsrücksichten haben wir Ihnen Einstellung von Geiselpolitik, Repressalien, Einhebung von Luft- und Gasstationen, sowie von ausschließlich militärischen Vermeidens unnützen Bomben, und Einstellung von Kampfhandlungen vorge schlagen. Haben gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgezogen wollen. Unsere Bewegung war elementarer Protest des Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, gegen Nichtaufhebung von Ausnahmeverordnungen und Nichtabberufung von baltischen Beamten, gegen Verweigerung demokratischer Grenzschutzbanden. Während unserer Berliner Verhandlung bewiesen Sie volle Geneigtheit zum Abschluß von Waffenstillstand und weiterer Verhandlungen. Entgegen getroffenen Vereinbarungen machen Sie Abschluß von Waffenruhe abhängig von Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen disziplinlosen Grenz- und Heimatschutz und eventuelle Kampftruppen gegen russischen Bolschewismus. Wir weisen Ihnen alle Verantwortung für ferneres Blutvergießen zu und rufen gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib und Kind, Haus und Herd auf.“

Oberster Polnischer Volkerrat.
Korjanty, Pobjawinski.

Hierzu wird amtlich erwidert:

„Diese Antwort ist ein Kabinettstück polnischer Entstellungen.“

Mit Worten betauern die Polen immer wieder, den Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgezogen zu werden. Ihre Polen, ihre planmäßige Entfesselung und Durchführung des Aufstandes stehen im schroffen Gegensatz zu diesen Worten. Die preussische Regierung hat mit ihrer Forderung nur das verlangt, was nach der klaren Rechtslage ihre selbständige Pflicht war.

Was die Polen zu Verhandlungen nach Berlin teleb, waren weniger Rücksichten der Menschlichkeit als vielmehr blutige wirtschaftliche Not.

Sollten die polnischen Gewalttäter um ihre Macht älttern und es deshalb nicht wagen, den von preussischer Seite gewiesenen Weg zur Einstellung des Blutvergießens zu betreten?

Die Anmaßung, die sich in der Antwort der preussischen Regierung bemerkbar macht, muß auf das schärfste verurteilt werden. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß es durchaus falsch sei und zu den schärfsten Konflikten führen müsse, wenn gegen die Polen Waffengewalt aufgeboten wird, wo der Weg von Verhandlungen noch offen steht. Unsere Haltung ist durch die Note der englischen Regierung vom 5. Januar mit dem Verlangen der Einstellung von Waffenhandlungen gerechtfertigt worden. Ebenso durch die Proklamation Wilsons, die von den Alliierten angenommen ist und in der gegenüber den polnischen Ansprüchen ausdrücklich darauf verwiesen wird, daß nur die Friedenskonferenz über die polnische Frage entscheiden wird und die vorherige Bestimmung von Gebietsteilen daran nichts ändert.

Trotzdem hat die preussische Regierung, gedrängt von der arbeitlosen Offizierskamarilla, die das Woffenbandweil auch jetzt noch nicht aufgeben will, den Kampf gegen die Polen eingeleitet. Ihrem Einfluß dürfte es zuzuschreiben sein, daß die vor einiger Zeit stattgefundenen Verhandlungen mit den Polen, die anfangs von der preussischen Regierung sehr optimistisch beurteilt wurden, jetzt ergebnislos abgebrochen worden sind. Noch in letzter Stunde warnen wir vor den überaus verhängnisvollen Folgen, die der organisierte Kampf gegen die Polen nach sich ziehen müßte. Aber uns scheint, daß die Oberste Heeresleitung, die ihre Daseinsberechtigung durch den Kampf gegen die Polen beweisen will, schon so großen Einfluß gewonnen hat, daß wiederum militärisches Denken und Gewaltpolitik über sachliche Erwägungen siegen dürfte.

Immer noch Kuhhandel.

Die bürgerlichen Parteien sind anspruchsvoll. So leicht, wie die Rechtssozialisten es erwarteten, lassen sich die Demokraten und das Zentrum nicht zur Mitarbeit einfangen. Schöne Worte genügen ihnen nicht. Selbst die so gemäßigste Rede von Ebert und der Verzicht Davids auf die Durchsetzung des Sozialismus haben weder die Demokraten noch das Zentrum zutrudelnd gemacht. Sie wollen nicht schöne Worte, sondern wirkliche Macht. Aber selbst das Zugeständnis der Rechtssozialisten, den Bürgerlichen eine Mehrheit der Regierungsgewalt zu überlassen, hat die Einigung nicht herbeiführen können. Wie die „F. V. N.“ mitteilen, wollen die Demokraten und das Zentrum die Koalition mit den Rechtssozialisten erst abschließen, wenn ihnen einer der drei leitenden Posten zugestanden wird. Vorläufig lehnen die Rechtssozialisten dieses Anjinnen noch „ganz entschieden“ ab. Wir fragen: Wie lange?

Hostes Ultimatum an die Erfurter Arbeiterklasse.

Am 5. d. M. stellte Hoste bekanntlich an die Erfurter Arbeiterklasse ein Ultimatum, binnen vier Tagen die an Zivilisten verteilten Waffen an die Regierung auszuliefern. Dieses Ultimatum rief in Erfurt begriffliche Aufregung und eine verstärkte Agitation der Bürgerlichen gegen die „Spartakisten“ hervor. Unser Parteiblatt, die „Tribüne“, nahm zu dieser Sache in entschiedenster Weise Stellung:

„Uns scheiden — schrieb es — sachliche Gründe von der kommunistischen Partei. Doch in diesen ersten Stunden ist es ein Gebot der Pflicht und Ehre, der Reaktion zu sagen, daß, wenn sie nicht sofort ihren Verleumdungssturz gegen die Spartakusgruppe einstellt, die organisierte Arbeiterklasse jede Verantwortung ablehnt, wenn Ereignisse eintreten, die sämtliche Organisationsleitung der Erfurter Arbeiter und allen voran die kommunistische Partei, nicht wollen und mit allen Mitteln zu verhindern suchen.“

Weiter teilte die „Tribüne“ mit, daß schon vor dem Ultimatum Hostes, Verhandlungen mit ihm geführt worden waren, die zum Ergebnis hatten, daß gemeinschaftlich mit den sogenannten Regierungstruppen auch Truppen der Thüringer Grenifanten den Sicherheitsdienst in Weimar übernehmen haben. Durch diese Regelung der Angelegenheit, die große Erbitterung unter der Erfurter Arbeiterklasse ausgehört hatte, seien die Gründe für die Bereitschaft der Erfurter Arbeiter zur Abwehr mit Waffen vorläufig gefallen. Die Arbeiter seien deshalb bereit, die Waffen

auszuliefern und unter die Obhut des Arbeiters und Soldatenrates zu stellen.

Doch wird die Entloftung — heißt es in der Erklärung — nicht vor den Toren der Reaktion Halt machen. Der Erfurter Arbeiter- und Soldatenrat wird auch Maßnahmen zur Entloftung der gegenrevolutionären Elemente ergreifen. Er verfügt über Beweise, daß sich Personen gewaltsam in den Besitz von Waffen zu setzen veruchten und zum Teil gefagt haben, die der Arbeiterbewegung fernhalten. Der Erfurter Arbeiter- und Soldatenrat hat ferner Kenntnis von der Bewaffung gewisser Kreise der besitzenden Bourgeoisie und ihrer Soldaten. Diese Tatsache hat wesentlich zur Beunruhigung der Arbeiter beigetragen.

Es wird rasch und entschlossen durchgegriffen werden, umher um das Ultimatum Hostes, das auf falschen Voraussetzungen beruht und unbedeutend um das Moment der Krise, die im Arbeiter, gleichviel welcher Parteirichtung er angehört, nicht den gleichberechtigten Bürger, sondern den Knecht erliden, der ewig Knecht bleiben soll.“

Hoste beschimpft die Soldatenräte.

Der Arbeiter und Oberfeldherr Hoste hat sich von einem badenburger Journalisten ausfragen lassen. Dabei hat er vortragen, wie er im Grunde seines Herzens über die Soldatenräte denkt. Er sagte:

„Aus welchen Deuten bestehen vielfach heute die Soldatenräte? Aus Deuten, die von dem Recht, daß sie vier Monate lang nach der Demobilisierung in der Armes Weiben können, wenn sie keine Arbeit finden, Gebrauch machen; aus Deuten, die das Soldatenrecht als Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrachten. Dieser Unsinn muß abgeschafft werden.“

So denkt und spricht ein Arbeiter, ein „Wollschaufrager“ von den Soldatenräten, von den Soldatenräten, die ihn „beauftragt“ haben, denen er seinen warmen Posten in der Regierung, seine ganze Nachstellung verdankt, die ihn überhaupt zu dem gemacht haben, was er ist.

Und er schämt sich nicht, über die Zukunft der Soldatenräte folgendes zu äußern:

„Was die Soldatenräte anbelangt, so beabsichtigen wir, ein System der Vertrauensleute zu schaffen, durch das das Bescheidrecht des gemeinen Mannes gesichert wird.“

„Das Bescheidrecht des gemeinen Mannes zu sichern“ — das ist nach Hostes Ansicht in Zukunft die einzige Aufgabe der Soldatenräte.

Und die Aufgabe der Arbeiterräte? Vermutlich: das Bescheidrecht des gemeinen Arbeiters zu sichern?

Durch diese Rechnung des Herrn Hoste dürften aber die einen diesen Strich machen, die ihn an seine Stelle gesetzt haben, die Arbeiter und Soldaten. Und vieleicht werden sogar die Arbeitslosen ein Wörtchen mitzureden haben. Aber die Herr Arbeiter Hoste von seinem weichen Ministerstuhl aus heute so überlegen spottet.

Genosse Lezien verhaftet.

München, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Münchener Arbeiterrates legte dieser gegen die Verhaftung des Mitgliedes des Arbeiterrates Dr. Lezien Verwahrung ein. Es wurde ein Antrag angenommen, der den Staatsanwalt auffordert, Lezien freizulassen. Wenn die Festentlassung bis Sonntag mittag nicht erfolge, werde der Arbeiterrot die gesamte Münchener Arbeiterschaft zu einer Protestdemonstration aufrufen.

Auch die Bauern streiken!

Bad Neichenhau, 9. Februar. Nachdem seit sieben Tagen die Bauern der Umgebung sich in einem Milchstreik befanden, bewaffneten sich gestern nachmittag Arbeitslose mit Gewehren und Munition und zwangen die Bauern der Umgebung zur Milchabgabe. Die Arbeitslosen kündigt den Bauern die Wegtreibung der Räder an, um die notleidende Bevölkerung mit Milch zu versorgen. Die Demonstrationen gaben am Abend ihre Waffen wieder ab, nachdem die Bauern versprochen hatten, die Milchlieferung wieder aufzunehmen.

Ob die bürgerliche Presse den Streik der Bauern, die keine Milch liefern und damit die Gesundheit vieler Menschen schädigen, genau so verurteilen wird, wie die Streiks von Arbeitern?

Falsche Darstellungen.

Aus Wandenburg wird uns geschrieben: „An der Nacht vom 3. zum 4. Februar wurden von mehreren jungen Leuten, die unter der Aufsührung eines Matrosen Längs banden, Ruhestörungen und schwere Störungen, sowie die Verletzung von 100 Gefangenen aus dem Zentralgefängnis unternommen. In der darauffolgenden Nacht sollten die Unruhe wiederholt werden, die Unruhestifter wurden aber nach einem Feuergefecht, bei dem mehrere Personen verwundet wurden, von der herbeigerufenen Bürgerwehr und dem Wachregiment festgenommen. Die jungen Leute hatten sich von dem Matrosen Längs in verschiedenen bedrohlichen Anzügen und Rüstungen gegen das Bestreben von 15-20 Mann Belohnung und Aussicht auf reiche Beute anzuziehen lassen. Trotzdem blieb festlich, versuchte die bürgerliche Presse, diese Vorgänge als einen Spartakusputsch hingußzelen; zu welchem Zweck, ist wohl leicht ersichtlich. Selbstverständlich haben alle politischen Parteien, mit Einschluß der Spartakusgruppe, diesem Treiben fern.“

Wie es gemacht wird.

In sehr durchsichtiger Weise sucht der „Vorwärts“ die Verantwortlichkeit von den ihm sehr unangenehmen Dokumenten der „Schande“ abzulenkten, die unser Genosse Weinberg in der „Freiheit“ veröffentlicht hat. Er sucht durch gemeine Beschimpfungen den Verfasser zu verunglimpfen. Dazu müßten wir unersetzlich hervorheben, daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob man den Militarismus um Gefälligkeiten biliet, wie es die Vorwörterleute getan haben, oder ob man, wie Genosse Weinberg, sich gegen infame Beschimpfungen zur Wehr setzt. Hierzu kann man sich der Hilfe jedes Menschen bedienen, den man für anständig hält, auch wenn man dessen politische Ansichten nicht teilt.

Ein Fälscherunskind ist es auch, wenn der „Vorwärts“ es jetzt so hinstellt, als ob Weinberg zuerst bestellt habe, neben der Hilfe der damaligen sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft auch diejenige Landbergs in Anspruch genommen zu haben, während er dies jetzt zugeden müße. Weinberg hat dies in Wirklichkeit niemals bestritten, sondern nur hervorgehoben, daß der erste Schritt, den Landberg für ihn getan, dem eigenen Knechteten Landberg entsprang. Die Vorwörterleute gegen Weinberg sind deshalb in jeder Beziehung unbegründet. Wir stellen nochmals fest, daß der „Vorwärts“, der so viel Klaut hat, um

dem Verfasser der ihm unangenehm vorkommenden Aufträge persönlich zu verweigern, noch mit keiner Felle auf den sachlichen Inhalt, auch auf die Enthaltungen über den Vortragsstoff, eingegangen ist.

Diebstahls Raub.

Wir erhalten folgende Aufschrift: Der „Vorwärts“ beschuldigt sich neuerdings wieder mit meiner Vorgesetzten. Das geschah in der üblichen verlogenen Weise. Ich stelle ihm gegenüber nur fest:

1. Auf der Wache des Auswärtigen Amtes wurde mir nach Entgegennahme meines Antrages erklärt, daß der Raub noch am selben Tage nach Einholung der Genehmigung der Regierung an die Schweizerische Gesandtschaft abgegeben werde. So daß ich, falls diese ihn ohne Rücksicht in Bern versetzt, noch am gleichen Tage abreißen könne.

2. Erst am gleichen, ist der Raub erst am vierfolgenden Tage an die Schweizerische Gesandtschaft abgegeben worden.

3. Die Verzögerung der Weitergabe lag hieran einzig bei der Regierung.

Dies allein ist das Wesentliche, das der „Vorwärts“ durch sein Vorbringen zu verneinen sucht.

Tag der Anklage — aus 6 greiflichen Gründen — fälscht, als sie anderen Anträge gestellt worden, nicht die Wahrheit, sondern die Falschheit nur umso dringlicher, läßt also die Malice der Verzögerung nur umso mehr hervortreten.

Der Raub Diebstahl.

Eine englische Mahnung.

London, 8. Februar. (Meister.) Der Manchester Guardian schreibt zur Eröffnung der Nationalversammlung:

Seit Eröffnung der Konferenz hat kaum die philosophische Rede Wilsons. Es ist weder sehr würdig noch vorteilhaft. Schwabungen über die Alliierten aufzuhalten und noch weniger, ihnen zu drohen. Deutschland hat ein ungeheures Unheil über die Welt und über sich selbst gebracht. Die erste Pflicht der Vertreter des deutschen Volkes ist es, in ihren Herzen nach der Ursache zu suchen. Die Alliierten sind sehr darauf bedacht, daß die Nationalversammlung Deutschland eine stabilere Regierung, die sich auf den Willen des Volkes gründet, gibt, und daß es sich ernstlich an die schweren wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Aufgaben macht, denen es gegenübersteht. Die Alliierten werden nicht grundlos Deutschland Hindernisse in den Weg legen. Was die Alliierten wollen, ist nicht Fortsetzung des Krieges unter anderen Formen, sondern der wahre Frieden, der schon zur rechten Zeit zur Durchführung führen wird. Aber die Grundbedingung dafür ist, daß ein neuer Geist das öffentliche und öffentliche Leben Deutschlands befeuert. Dieser ist für einen solchen Geist noch nicht alle Anzeichen vorhanden. Die Wehrheitssozialisten, die augenblicklich Deutschlands Stimme sind, müssen sich noch den eigentümlichen Ton in der Rede und ebenso in der Handlungsweise, die sie während des Krieges infolge ihrer zu intimen Verbindung mit der kaiserlichen Regierung angenommen haben, abgewöhnen. Je schneller sie dies lassen können, um so besser für Deutschland und die ganze Welt.

Einführung des Streikrechts in London.

London, 8. Februar. (Meister.) Die Abhaltung London der Verhandlungen der Streikrechtsarbeiter hat gestern abend angeordnet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

(In Appell an die Internationale.)

München, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Landesoldatenrats fand nachfolgender Aufruf an die Internationale einstimmige Annahme: Die revolutionäre bayerische Armee, die einen Nachfolger der gesamten Internationale darstellt, bietet den Proletariern aller Länder die Bruderhand und bittet sie, mit aller Energie dafür einzutreten, daß sämtliche Kriegsgefangenen auf schnellstem Wege in die Heimat zurückbefördert werden. Gemäß den heiligsten Grundgesetzen des Proletariats „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ist dafür Sorge zu tragen, daß fortan, soweit nur irgend möglich, allen Gefangenen das Leben erleichtert und menschlichgehendes Gastrecht gewährt wird.

Internationale Konferenz.

Bern, 8. Februar. In Fortsetzung der Debatte über die territorialen Fragen gab Ramsay MacDonald (England) namens der britischen Delegation eine Erklärung ab zu den Fragen, die England berühren. Er sagte die Fragen in drei Punkten zusammen: 1. Nationalitätenfragen (Irland, Ägypten); 2. Kolonien, die sich noch nicht selbst verwalten können; 3. Befestigung strategisch wichtiger Punkte durch England.

Die englische Arbeiterpartei habe stets für Homerule gekämpft. Das Streben nach Selbstverwaltung in Indien habe die englische Arbeiterpartei immer geübt. Von Ägypten gelte dasselbe wie von Indien. In der Kolonialfrage stehe die englische Delegation auf demselben Standpunkt wie die internationale Sozialistenkonferenz vom Februar 1918, die sich dafür ausgesprochen habe, daß auf jeden Fall in allen Kolonien wirtschaftliche Gleichberechtigung zu gelten habe. Bei den für England strategisch wichtigen Punkten sprach Redner nur von Ägypten, das ebenfalls Selbstverwaltung erhalten müsse, nachdem es sich überdies als nicht wertvoll für England erwiesen habe. Im übrigen hätte der Grundgedanke der allgemeinen Resolution der Konferenz über territoriale Fragen entsprechend Anwendung zu finden.

Ramsay MacDonald (Belgien) stellte fest, daß zwischen Holland und Belgien kein Ziel Konflikt bestände. Lediglich einige reaktionäre belgische Elemente verlangten Angliederung eines Teiles von Südniederlande und Südniederlande an Belgien. Die belgischen Genossen im Ministerium hätten jedoch schon erklärt, daß sie aus dem Ministerium austreten würden, wenn diese Pläne verwirklicht würden. Wenn Belgien sich an Belgien anschließen wolle, so sei es willkommen. Wollte es selbständig bleiben, so werde es niemand hindern.

Wustijel (Finnland) begründete eine Resolution, die Selbständigkeit Finnlands verlangt und Finnland das Recht an der Kurmanküste nach vorheriger Volksabstimmung zugesichert. Ueber die Zukunft der Baltischen Inseln solle ebenfalls ein Plebiszit entscheiden, doch solle die Volksabstimmung, um möglichen nationalistischen Beeinflussungen vorzubeugen, erst nach mehreren Jahren erfolgen.

Wustijel (Elsass) erklärte sich als Anhänger der Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, betonte jedoch, daß die Volksabstimmung in Elsass-Lothringen selbst sich gegen ein Plebiszit wenden werde. Elsass-Lothringen halte die Frage bereit für entscheiden wie der Beschluß der elssassischen Ge-

werkschaften bewisse, die am 14. Januar den Anschluß an die französischen Gewerkschaften beschlossen hätten, ohne den allgemeinen Frieden abzuwarten. Um jeden Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen, wünsche er, daß der Kongress selbst erkläre, die feht bewiesene Haltung der elssassischen Bevölkerung sei bereits das Plebiszit im Sinne einer Wiedergutmachung des Unrechtes von 1871.

Forderungen der Arbeitlosen.

Eine Betriebsversammlung der Firma H. Stad u. Co. Mar-enfelden, befaßte sich mit den in letzter Zeit vorgekommenen Entlassungen. Proteste über Proteste gegen die Direktionspolitik es, die alle ihre Wünsche behält und mit den Kriegsteilnehmern hantiert. Alle, die jetzt den Posten des Vaterlandes erwarten für ihre Auslieferung im Krieg, werden auf die Straße verworfen, und als arbeitslos bezeichnet, der Not und dem Hunger preisgegeben zu sein. Weil sie über Nacht im Grunde waren und gekämpft haben, müssen sie, als zuletzt in den Betrieb einzuweisen, das Geld räumen. Das waren die Gedanken in den Ausführungen aller Redner. Solange G. u. C. erkläre die Notwendigkeit der Arbeiter-Masses gegenüber der Firma, um ein besseres Gelingen zu erreichen.

Mit 2000 gegen 5 Stimmen wurde dann eine Resolution angenommen, die sich in erster Linie gegen die Regierung wendet, die, trotzdem sie sich als Arbeiterfreund vorgegeben, dieses Unheil mitverschuldet hat und die Arbeiter den Unternehmern preisgibt. Weiter heißt es in der Resolution, daß die Regierung die Arbeiterrechte preisgibt, statt das Kapital zu bekämpfen. Mit dem Umbau des Militarismus gebe sie dem Kapital wieder die stärksten Waffen in die Hände. Sie hat Kanonen und Maschinengewehre benutzt, um den revolutionären Geist der Arbeiter zu töten. Die Regierung drohe mit Entziehung der sozialen Sozialisierung der dazu reisen Betriebe sowie der Straßen, Hoch- und Untergrundbahnen, Beschloßnahme aller Rohmaterialien und Verteilung auf die Kontrolle, energische Maßnahmen gegen den Getreidehandel, Herabsetzung aller Lebensmittelpreise, denen der Abbau der Löhne folgt, Entlassung der Jugendlichen unter 19 Jahren und Einstellung der verheirateten Männer, Witwen, Kleinkinderbesitzer und Kriegsteilnehmer.

Aus politischen Gründen wird gefordert: Die Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied des Standes, Entlassung des gesamten Heeres, das sich im Garnisonsort befindet, der Generale, Offiziere und Soldaten, vollständige Auflösung aller Bürger- und Soldatenvereine, Bildung eines Arbeiter-Militärheeres, das den Nachdienst übernimmt mit der Waffe, Bekämpfung aller Schuldigen am Krieg, Bekämpfung der Wähler von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Einsetzung der A- und B-Komitee in ihre Mandatsgebiete, die ihnen der 9. November übertragen hat. Die Verwirklichung dieser Forderungen wird erwartet nur von einer wirklichen Arbeiter-Regierung. Forum alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, Rücktritt der Obersten, Besatzmann, Kasse und Genossen.

Zu erwähnen ist noch, daß vor Stattfinden der Versammlung die Wehrheitssozialisten durch ein mit der Schweizmaschine hergestelltes Plakat, unterzeichnet „Der Aktionsausschuh“, aufgerufen wurde, der Versammlung fern zu bleiben. Mit diesen unbesonnenen Äußerungen der Einheit im Geirische wird sich in den nächsten Tagen eine andere Versammlung noch beschäftigen.

Der Massenmord in der Köpenicker Vorstadt.

Auch nach den neueren Feststellungen über das Unbegreifliche in der Weinmeisterstraße kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Schuld daran einzig an den Regierungstruppen liegt. Während die bürgerliche Presse, um das skandalöse Verhalten der Truppen zu rechtfertigen, zu behaupten wagt, daß die Soldaten von der Menschenmenge tödlich angegriffen und daß von den Dächern geschossen worden sei, kann selbst der amtliche Bericht der Garde-Kavallerie-Schützen-division nichts von diesem Schauermärchen aufweisen. Er sagt nur, die Menschenmenge habe eine „drohende Haltung“ gegen das Militär angenommen. Es wird aber zugestanden, daß die Regierungstruppen keine Verluste erlitten haben.

Selbst aus dieser Darstellung ist demnach ersichtlich, daß die Truppen ohne jede Veranlassung, die zum Waffengebrauch hätte berechtigen können, geschossen haben. Denn „drohende Haltung“ ist bei der Nervosität der Offizierskommandos alles, was den Herren Offizieren nicht paßt. Der beste Beweis dafür, daß kein tödlicher Angriff gegen das Militär erfolgte, ist doch die auch von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zugestandene Tatsache, daß die Regierungstruppen keine Verluste hatten, ja nicht einmal geringfügige Verletzungen.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division will glauben machen, daß von der Waffe erst dann Gebrauch gemacht worden ist, nachdem die Truppen durch gütliches Büreden es nicht erreichen konnten, daß die Menge auseinandergehe, und nachdem Offiziere und Mannschaften beschimpft, mit Steinen und Schmutz beworfen und geklopft worden waren. Das trifft aber nach den übereinstimmenden Aussagen vieler Augenzeugen nicht zu.

Nach den Zeugenaussagen der Mitglieder der Sicherheitswehr, die wir gestern veröffentlichten, und anderer Augenzeugen dieser Vorgänge steht aber unzweifelhaft fest, daß auf die flüchtende Menschenmenge geschossen wurde und völlig Unbeteiligte ihr Leben einbühten.

Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt“ von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division erfahren hat, „rechnet“ sie damit, daß sich auch in anderen Stadtteilen Berlins Unruhen ereignen werden. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Fähigkeit hat, Unruhen zu provozieren.

Ueber die Opfer der Schierei in der Weinmeisterstraße erfahren wir, daß bisher fünf Tote im Leichenhaus eingeliefert worden sind. Es sind dies alles junge Leute, und zwar der 18 Jahre alte Arbeiter Otto Lehner aus der Seestraße 109, der 20 Jahre alte Gürtler Ewald Röger aus der Dönglerstraße 90, der 24 Jahre alte Arbeiter Paul Richter aus der Dönglerstraße 40, die 20 Jahre alte Arbeiterin Martha Schiewa aus der Pragerstraße 27 und der erst 12 Jahre alte Sohn Willy des Weinmeisters Verhagen aus der Christianstraße 3. Jeder erhielt einen Kopfschuß, an dessen Folgen er nach wenigen Minuten verstarb. Die übrigen Verstorbenen erhielten Hand- und Brustschüsse, die ebenfalls in wenigen Minuten den Tod herbeiführten. Nach den amtlichen Feststellungen wurden in den verschiedenen Krankenhäusern insgesamt 18 Verwundete festgehalten.

Die Berliner Stadtverordneten-Kandidaten.

Die Verbands-Generalsammlung für die sechs Berliner Wahlkreise nahm gestern die Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen vor. Der Eintritt in die Tagesordnung stritten die Anwesenden die Opfer der Revolution in der üblichen Weise.

Die einzelnen Wahlkreise hatten bereits Vorschläge für die Kandidatenliste eingereicht. Der Vorstand hat die Vorschläge nach dem Modus aufgestellt, daß abwechselnd drei Wahlen vom 6., zwei vom 4., ein Wähler vom 2., einer vom 3., einer vom 5. und einer vom 1. Kreis auf die Liste gesetzt wurden. Ein Antrag, die bisherigen Stadtverordneten, sofern gegen sie keine Einwendungen erhoben werden, an die erste Stelle zu setzen, wurde abgelehnt. Die Reihenfolge der Kandidaten wurde vielmehr durch die Stimmenzahl bestimmt.

Es wurde beschlossen, daß die Kandidaten sich schriftlich zu verpflichten haben, das Mandat sofort anzunehmen, wenn die Mandatgeber mit ihrer Tätigkeit im Stadtverordnetenrat nicht zufrieden sind und die Organisation ihren Rücktritt verlangt.

Das Wahlergebnis, das nach Schluß der Versammlung durch Auszählung der Stimmzettel festzustellen war, ist und noch nicht bekannt.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Angestellte der Groß-Berliner Kriegsorganisationen.

Am Donnerstag, den 6. Februar 1919, ist die neungliederige Verhandlungskommission des Arbeitsausschusses der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen neu gewählt worden.

Durch diese Wahl tritt in den Verhandlungen über unsere Forderungen eine Verzögerung von einigen Tagen ein. Der Arbeitsausschuh hat jedoch im dringenden Interesse der Angestellten der Kriegsorganisationen es für richtig gehalten, alle zur Einigung der Angestellten erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es bedarf keiner Versicherung, daß der Arbeitsausschuh allen weiteren Verschleppungsversuchen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit aller Energie entgegenzutreten wird.

Die Verhandlungen mit den Behörden sind auf Donnerstag, den 13. Februar d. J., angesetzt worden. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird die Plenarversammlung der Obleute einberufen werden.

Der Arbeitsausschuh der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen.

Groß-Berlin.

Keine Reise ohne Nachweis der Dringlichkeit.

Von heute, Montag, den 10. d. M., ab, wird die Erlangung der Fahrkarten von dem Nachweis der Dringlichkeit der Reise abhängig gemacht. Diese Reise-Erlaubnisse, die schon seit längerer Zeit bei den übrigen deutschen Eisenbahndirektionen eingeführt worden sind, sind von den beruflich reisenden Personen schon seit langer Zeit auch für Berlin gefordert worden, weil die Befehung der Rüge durch unnötig Reisende so überaus groß war, daß beruflich Reisende nur schwer Fahrkarten, und noch schwerer Plätze in den Zügen finden konnten. Die Fahrberechtigungsbescheine werden von der Reiseprüfstelle im Reisebüro Berlin, Potsdamer Bahnhof, Berlin, von 8 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends, Sonntags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, ferner von allen Reisebüros und von den Handels-, Gewerks- und Landwirtschaftskammern ausgestellt und gelten jeweils für eine Reise. Fahrberechtigungsbescheine werden auf keinen Fall ausgestellt für Bergungsreisen, Samstagsreisen usw. Die Daueransweise, die denjenigen Reisenden ausgestellt werden, die mehr als zehn Reisen im Monat ausführen, können auf Grund von Unterlagen, jedoch nur schriftlich angetragen werden. Der Antrag kann nur beim Reisebüro Berlin, Potsdamer Bahnhof, ausgestellt werden. Die Daueransweise gelten nur für die Zeit von drei Monaten.

Daß heute Leute zum Bergieren reisen, dürfte nur vereinzelt zutreffen. Ein Bergieren können wir bei den lebigen lebensgefährlich vollbesetzten Eisenbahnwagen wirklich nicht finden. Es wird also für den, der gelegentlich eine Reise tun muß, nicht so einfach sein, den Fahrberechtigungsbescheid zu erhalten.

Erhöhte Milchpreise.

Durch die Bewilligung der Forderungen des Milchhandels werden die Milchpreise erhöht und zwar um 8 Pfennige für Vollmilch, also auf 58 Pfennige. Magermilch kostet 4 Pfennige mehr, also 36 Pfennige. Die Preise werden schon von heute ab erhoben.

Leichtfertiger Umgang mit Waffen.

Wir erhalten folgende Aufschrift: „Wie leichtsinnig mit den Revolvern seitens der Preussischen Soldaten umgegangen wird, beweist folgender Fall. Tot Haus Rathenower Straße 6 grenzt an die Kaiserstr., wo die Preussischen Soldaten untergebracht sind. Der Hof des Hauses und der Garten der Kaiserstr. sind durch eine etwa 2 Meter hohe Mauer getrennt, so daß man von dem Hofe aus alles genau beobachten kann, was in dem gegenüberliegenden Teil der Kaiserstr. vorgeht. Am 6. Februar um ich an der erwähnten Mauer gehen, um dort die Müllkästen mit dem dort liegenden Müll zu füllen; ich fand dort zwei Handgranaten, welche doch nur von Soldaten von der Kaiserstr. aus über die Mauer hinweggeworfen sein konnten. Am 6. Februar abends gegen 7 Uhr ging meine Frau nicht auf den hinteren Treppen anzu. Sie war am zweiten Stockwerk angekommen, als es plötzlich einen fürchterlichen Knall auf dem Hofe gab. Meine Frau konnte deutlich sehen, wie das Feuer auf dem Hofe herumspitzte und sich ein Schuß von der Mauer entzündete. Wie leicht hätte es das größte Unglück passieren können. Ich möchte doch wissen, was den Soldaten dazu veranlaßt hat, die Granaten dort herüber zu werfen. Ob der Mann das aus Unberücksichtigung oder aus reiner Wutlust getan hat? Wenn das Revolverknallen irgend viel solche Wesen hat, dann kann die Regierung nur viel Revolvern bauen lassen, wenn so leichtsinnig damit umgegangen wird.“

Verzögerte Klagen sind uns schon häufig zu Ohren gekommen. Vieles wird darüber gesagt, daß in den Preussischen untreue junge Leute aufgenommen werden, die mit den Waffen entsetzt überfallen und umzubringen werden oder

aber sehr wichtig damit umgehen, ganz unbekümmert darum, ob sie Leben und Gesundheit friedlicher Menschen dadurch gefährden. Die Verantwortung dafür müssen diejenigen übernehmen, die solche unetliche Dursche in die Gemeinwesen hineinführen.

Protest gegen die weiße Garde.

In der letzten Sitzung des Arbeiterrates in Berlin wurde auf das Schärfste gegen die Herbeiführung der Truppen. Protest erhoben, ganz besonders hervorgehoben wurde, daß nicht festgestellt werden kann, zu welchem Zweck dieselben nach Berlin beordert sind. Es fand hierüber eine sehr lebhafteste Debatte statt, und schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und dem Oberkommandierenden R. S. überreicht:

Durch die plötzliche Heranziehung von Truppen hat sich in der hiesigen Gemeinde eine leicht begreifliche Unruhe bemerkbar gemacht. Seit dem 9. November, dem Tage der Revolution, hat der hiesige Arbeiterrot die politische Macht in der Gemeinde in den Händen und er hat dieselbe in keiner Weise mißbraucht. Eämtliche bisher im Einvernehmen mit der Gemeindevverwaltung erlassenen Verordnungen zeugen von Besonnenheit und Zurückhaltung und sind von den Geboten des Allgemeinwohls diktiert. Wir fordern daher einstimmig, die Truppen aus Berlin zurückzuführen und lehnen jede Verantwortung für etwa eintretende Unruhen ab. Gleichzeitig strepen wir an, wer die Truppen nach hier beordert hat und zu welchem Zweck die Herbeiführung erfolgt ist.

Verbesserungen im Vorortverkehr. Vom Montag, den 10. d. Mts. wird der Verkehr auf der Vorortstrecke Berlin, Schließlicher-Bahnhof—Ermer wieder besser bedient werden. Zur Entlastung der sehr stark besetzten Rüge werden in den frühen Vormittagsstunden im Vorortverkehr drei neue Rüge eingesetzt, die auf dem Schließlichen Bahnhof um 7.14, 7.44 und 8.14 vormittags eintreffen. Durch diese Rüge wird der Verkehr auf dieser Strecke in der Zeit zwischen 6.30 und 8.00 vormittags, zum 10-Minutenverkehr ergänzt. Auch die Rüge in der Gegenrichtung werden entlastet: vom Schließlichen Bahnhof fahren um 8.14, 8.34 nachmittags und um 8.54 abends neue Rüge bis Friedrichshagen. Endlich werden noch zur Teilung der sehr fast zweifelhigen Zugaufstellungen im Verkehr nach Ermer einige Rüge durchgeführt. Es sind dies die Rüge, die um 7.24, 10.24 vormittags, 8.24 nachmittags und 8.54 abends in Friedrichshagen eintrafen. Sie werden jetzt bis Ermer verkehren. Ebenso kommen ihre Wegzüge nicht mehr von Friedrichshagen, sondern von Ermer.

In den städtischen Wohnstätten ist der Betrieb der Wannen- und Brausebäder geöffnet: An der Schillingbrücke, in der Wallstraße und vom 10. Februar d. J. ab in der Gartenstraße am Montag und Donnerstag von 8—9 Uhr, Freitag von 8—7 Uhr, Samstag von 8—9 Uhr und Sonntag von 8—12 Uhr, ferner in der Gerichtstraße und in der Parnaldstraße Montag und Freitag von 12—7 Uhr, Samstag von 12—8 Uhr und Sonntag von 8—12 Uhr. Kabeische und Seife wird nicht mehr geliefert und ist mitzubringen. Der Betrieb wird trotz des Kohlenmangels bis auf weiteres fortgesetzt.

Eine Baustelle entstand am Sonnabend abend unter den Fahrplätzen eines Ruges der Hochbahn, der in der Höhe der Mädelnstraße, zwischen Gleisdreieck und Bahnhof Mädelnstraße, an

den durch den Unfall, in Folge dessen man ein Wagen brennen unmittelbar vor der Brücke, in luftiger Höhe. Der Zug blieb stehen. Die Hochzüge blieben zum Teil noch dem nahen Bahnhof, zum Teil in die Wagen vollbesetzten Wagen, die auch diese sich leerten. Der Feuerweh, der zum Glück schnell erschien, gelang es, den Brand auf einen Wagen zu beschränken. Dieser war so stark beschädigt, daß er sofort außer Dienst gestellt werden mußte. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Wirklamen Schutz gegen etwaige Unachtsamkeit der Mieter bei dem bevorstehenden Umzugstermin verlangt der Mieterbund von der Regierung. Zu diesem Zweck müßte der Mieterschutz unbeeinträchtigt auf Neuvermietungen ausgedehnt und sämtliche Gemeinden Groß-Berlins müssen zu Kostpaßbezirken unter Anwendung aller Bestimmungen der Verordnungen vom 23. September 1918 erklärt werden.

Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Sitzung am Donnerstag, 13. Februar, abends 7 Uhr in der Aula der 24. Volksschule. Hinter der Garnisonstraße 2. (Am Hof. Börse). T.-O.: 1. Geschäftliches; 2. Unsere praktische parteipolitische Tätigkeit (Wille); 3. Kollegiale Schulleitung. (Kenz.)

Lebensmittellisten.

Charlottenburg. Im Monat Februar kommt zur Verteilung an die Kinder bis zum 6. Lebensjahre, die am 1. Februar 1918 und später geboren sind und an die über 65 Jahre alten Personen, die vor dem 1. März 1914 geboren sind, gegen Abgabe einer entsprechenden Anzahl Brotkartenabschnitte, 100 Gramm, soweit der Vorrat reicht. Die Preise für den Zwieback sind vorgeschrieben und auf den einzelnen Paketen aufgedruckt. Für je 600 Gramm Brotkartenabschnitte werden 500 Gramm Zwieback herausgegeben, für eine ganze Brotkarte (2000 Gramm) können vier Pfund (2000 Gramm) Zwieback empfangen werden. Bei der Entnahme des Zwiebacks ist dem Kaufmann ein Altersausweis vorzulegen, aus dem die Berechtigung zum Einkauf hervorgeht. Ohne diesen Altersausweis darf Zwieback nur auf gewöhnliche Brotkarte hin nicht verabfolgt werden. Der Zwieback wird vom 12. Februar 1919 in den besonders bekanntgegebenen Geschäften veräußert. Im Monat Februar wird einmalig ausgegeben: a) an die in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft befindlichen Frauen 2 Pfund Weizenmehl, und an Schwangere vom 5. Monat ab ein Pfund Zwieback auf besondere Berechtigungsarten, die durch die Provisorien auszugeben werden. b) An die Kinder im zweiten Lebensjahre, welche eine All-Milchkarte für Februar 1919 besitzen, auf den Buchstabenabschnitt der Milchkarte einmalig je eine Pfund-dose Malzertrakt zum Preise von 2.20 Mark und auf besondere Berechtigungsarten, die durch die Provisorien auszugeben werden, ein Pfund Rindergerstemehl zum Preise von 77 Pf. Die Ware kann in den 86 städtischen Verkaufsstellen bis zum 28. Februar empfangen werden.

Britz. In der Woche vom 10. bis 16. Februar gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Ausgabe: Berliner Lebensmittelliste: Auf die Abschnitte 23, 24 und 25 je 1/2 Pfund, zusammen 1 1/2 Pfund Marmelade je Person ab Donnerstag bei den Kleinhandlern. Auf Abschnitt 26: 150 Gramm Weizenmehl je Person. — Raré für Jugendliche: Auf Abschnitt 27: 100 Gramm Weizenmehl. — Berlin-Brüder Lebensmittelliste: Auf Abschnitt 20 für Kinder im 1., 2., 7. und 8. Lebensjahre 100 Gramm reinen Zucker + Fruchtzucker.

Besondere Berechtigungen sind nur Kinder, welche die laufende Milchkarte zusammen mit dem Bruder-Karte vorlegen. Auf Abschnitt 22 und gegen 1/2 Anteil der Gleichkarte wird der Verkauf von 20 Gramm Zucker zu je Person fortgesetzt, soweit Vorrat. Auf Abschnitt 28 und gegen Vorlage der Karte für Jugendliche 1/2 Pfund Gerstemehl je Person, höchstens aber 1/2 Pfund je Haushalt. Auf Abschnitt 27: 5 Dosen Leberwurst und 5 Dosen Sülze je Haushalt. Auf Abschnitt 21 wird der Verkauf von Streichholzern, 1 Paket je Haushalt, fortgesetzt. Auf Abschnitt 28: 1 Stück Toilettenseife je Haushalt, soweit Vorrat. Auf Abschnitt 29: Sondergutkorn. Die Ausgabe der Waren erfolgt auf die Lebensmittelkarte Nr. 1—1000 am Montag, Nr. 1001—1800 am Dienstag, Nr. 1801—2700 am Mittwoch, Nr. 2701—3700 am Donnerstag, Nr. 3701 bis Schluß am Freitag. Freihändig gelangen Sauerkraut, Tomaten in Essig, Gewürzkräuter, Klippische und 1 Pfundbrot-Knochenbrüherrot zum Verbessern von Suppen, Saucen, Gemüse usw. zum Verkauf.

Kamow. Prima holländischer Wirring- und Koffkaffee, sowie Rohrüben, Kohlrüben und Spiebeln werden täglich von 9 Uhr vormittags ab in der Turnhalle in der Schornsteinstraße verkauft. Heute vormittags 8 1/2 Uhr findet auf der hiesigen Freibank, Friedrichstraße 20, der Verkauf von mindertwertigem Rindfleisch statt.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 1 der Rinderkarte A 1 Pfund Gerstemehl und auf den dazu gehörigen Nummerabschnitt 10A 2 Pöcke Raré; auf Februarabschnitt der Rinderkarte B 1/2 Pfund Gerstemehl und auf Nummerabschnitt 10B ein Paket Milchschokolade; ferner auf Februarabschnitt der Rinderkarte C und D je 2 Pakete Milchschokolade (Paket 40 Pf.).

Aus den Organisationen.

6. Wahlkreis. Am kommenden Mittwoch findet im Kreise der Wahlhabenden statt, der sich mit Vorarbeiten für die Stadtverordnetenwahlen beschäftigen soll. In jedem Hause muß ein Genosse die Kartationsarbeit übernehmen. Außerdem erfolgt eine Pählung des Witalienbestandes. Das Resultat ist sofort dem Abteilungsleiter zu übermitteln. Den Funktionären zur Kenntnis, daß die diesmalige Kreis-konferenz ausfällt.

Charlottenburg. Die für heute abend angesetzte Sitzung der Provisorienkommission und des Vorstandes findet im Volkshaus statt. — Mittwoch, den 12. Februar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus, Köpenickerstr. 8.

Bantow. Montag, den 18. Februar, abends 6 Uhr bei Koffkaffee, Damerowstr. 10: Konferenz der Funktionäre und der Kandidaten zur Gemeindevahl. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. — Dienstag, den 11. Februar, abends 7 Uhr pünktlich im „Fürstlichen“, Berliner Str. 102: Generalversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Ohne Mitgliedsbuch oder Aufnahmechein kein Zutritt.

Alt-Glienicker-Hallenberg. Dienstag, den 11. Februar, abends 7 Uhr im Lokal von Loh: Öffentliche Wählerversammlung: Referent Genosse Dr. Dreitscheld.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Willepp, Neuhöfen. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlagsgehilfen m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volkshaus. Theater am Bülowplatz. Direktion Wilhelm Kayssler. 7 Uhr: Der Kirschenbaum.

Opernhaus. 7 Uhr: Fiddelo.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Von morgens bis mitternachts.

Rommerspiele. 7 Uhr: Der Sturz des Apostel Paulus.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstraße 1. Porta 5. 7 Uhr: Die Räuber der Pandora.

Lessing-Theater. Direkt. Victor Harnowsky. 7 Uhr: Der Schöpfer. Dienstag: Der Schöpfer. Mittwoch: Der König.

Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 7 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Th. d. Friedrichstadt. Täglich 7 1/2 Uhr: Drei tolle Tage.

Trianon-Theater. Hof-Friedrichstr. 21. 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf.

Residenz-Theater. Täglich 7 Uhr: Das höhere Leben. Von Hermann Sudermann.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Maria.

Friedrich-Wilhelms-Theater. 7 1/2 Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Tabala rasa.

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Sciarwada-Rädel.

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Fiege.

Metropo-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfies.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 14. Norden 21. 7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Die im Schatten leben.

8-Keller-Theater. Charottenburg. 7 1/2 Uhr: Der Reis hegt ihr.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Politische Wirtschaft.

Theater am Nollendorfplatz. 7 1/2 Uhr: Drei alte Schachteln.

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.

Waller-Theater. 7 1/2 Uhr: Geisha.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Mann ohne Vergangenheit.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke.

Casino-Theater. Luchtinger-Str. 17. Tägl. 7 1/2 Uhr: Nur noch bis Donnerstag: Die goldene Brücke.

Eintritt frei! Liehm-Kabarett Künstler-Diele Tanbaustr. 34. Ab 4 Uhr: Orchester von 6—7 Uhr: das große Programm. Ab 7 1/2 Uhr: Tanz.

Wintergarten. Das grosse Spezialitäten-Programm Anfang 7 1/2 Uhr.

PIANOS Adam, Münzstr. 16

große Auswahl gebrachter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiße Flize, Kupferbespannung 1900 Mark. Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Röntgen-Behandlung, Ovarialtherapie, Kuren a. Pflanzensubstanz für elektrische und medikamentöse Bäder. Ohne Beratung. Getrennte Räume für Damen und Herren. Aerztlich geleitete Heilanstalt. Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-12-4-8, Sonntag 9-1.

METROPOL

Kabarett

Behrenstr. 53-56 Dir. Alex Brauns.

Alte Holk Norma & Fernand Lanzigs? —

Dugson Eli Glässner

Otto Röhr

Robert Steide

Gygyi-Konzerte

Vorzügliche Küche.

Wintergarten

Das grosse Spezialitäten-Programm

Anfang 7 1/2 Uhr

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin

Achtung! Kommunalwähler! Achtung!

Oeffentliche Wahlversammlungen

In folgenden Lokalen

Montag, 10. Februar, abends 7 Uhr

- Zühles Festsäle, Dammstr. 13 (Großer Saal)
- Graumanns Festsäle, Raunynstraße 27
- Hagenhofer Brauerei, Landsberger Allee
- Böders Festsäle, Weberstraße 17
- Schul-Aula, Glogauer Straße 12-16
- Schul-Aula, Bettendorferstraße 20 24
- Turnhalle, Bettendorferstraße 20 24
- Schönert, Am Rummelsburger Bahnhof
- Urania, Wrangelstraße
- Prachtsäle, Alt-Berlin, Blumenstraße 10

Referenten: Maria Lemming, Fahrenwald, Adolf Hoffmann, Lüpmitz, Leid, Ostrowski, Dr. Rosenfeld, Teichte, Dr. Wehl, Zubeil.

Dienstag, 11. Februar, abends 7 Uhr

- Germania-Häe, Chausseestraße
- Aula Graues Kloster, Klosterstraße
- Schul-Aula, Dresdener Straße 113
- Ozeum, Greifswalder Straße 24
- Märkischer Hof, Admiralsstraße 18 c
- Willes Festsäle, Sebastianstraße 39
- Sophien-Ozeum, Weinmeisterstraße 16/17

Referenten: Maria Arendsee, Büchner, Dr. Broh, Dr. Mosch, Schünig, Weber, Dr. Weinberg

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Bedeutung der Kommunalwahlen für die Arbeiterschaft.

Parteilgenossen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen.

Der Propaganda-Ausschuß.

Sportpeize

Gelegenheiten von 400 M. an Blauer Bazar

Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Gehpelz

mit neuem Tuchbezug und gutem Futter sehr preiswert zu verkaufen.

Gelegenheit! Blauer Bazar Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen. Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mundausflüsse, Flechten, Heineiden, Mannschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach

Dr. Hermann's Elsassstr. 47, 1 (4 Min. v. Stett. Bahnhof). Sprechst. 10-12, 3-7 Uhr. Sonnt. v. 10-11 Uhr vorm.

Gitarrozithern

mit Unterlegnoten 25, große 6-akkordige 38. (Ladenpreis ca. 50.— bis 100.—). Mandollin, Gitarren 45.—, erstklass. 65.—, Konzertgitarre 125.—, h x 145.—, Schillerl-Haan 45.—, Konzertgitarren mit Cui 35.—, Künstlergitarren 145.—, Unterlegt 2.—, Monatsbörner (10 stündige Schnellkurse).

Ernst, Oranienstr. 166, III.

Schutzhaftgetangene!

Dienstag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelster, Saal 2 n. 3.

Mitglieder-Versammlung.

Orte und Interessen willkommen. Der Rat ehem. Schutzhaftgetangener. Berlin, Abgeordnetenhaus, Obergesch. Zimmer 45/46. Fernr. : Zentrum 9162.

Achtung Charlottenburg!

Die Spedition der Freiheit befindet sich Wallstraße 68 bei Lorenz.